

Im Hiesigen - Kriegsplan im Abgeordnetenhaus

Der Wirtschafts-Kriegsplan im Abgeordnetenhaus

114. Sitzung, Donnerstag, 24. Juni, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück, Loebell, Sorlemo.

Der Wiederaufbau Ostpreußens.

In Fortsetzung der Berichterstattung der Budgetkommission über die Kriegswirtschaftlichen Fragen, und zwar zum Kapitel Ostpreußen, spricht

Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch (frl.): Vorentscheidungung haben bisher 200 000 Personen erhalten, und zwar insgesamt 125 Millionen Mark. Ueber die Festsetzung der Vorentscheidungen sind im allgemeinen Klagen nicht erhoben worden. Einzelne Beschwerden sollen geprüft und berücksichtigt werden. Wenn sich auch der Reichsertrag in den Grenzen des tatsächlichen nachweisbaren Schadens halten wird, so hat die Staatsregierung für Ostpreußen vollen und reichlichen Ersatz all des entstandenen Schadens als ihre Pflicht anerkannt und zugesagt. Beim Wiederaufbau werden die von der Regierung berufenen Sachverständigen den Gemeinden zur Seite stehen. Durch Gewährung zinsloser Anleihen werden die Gemeinden gestärkt und die Grund- und Hausbesitzer kräftig unterstützt werden. Durch genossenschaftliche Organisationen wird dafür gesorgt, daß bei dem Wiederaufbau das Handwerk Ostpreußens und des ganzen Staates beschäftigt wird. Der Rückstrom der weit über 200 000 Flüchtlinge dauert noch immer an; der Flüchtlingskommissar nimmt an, daß wohl so ziemlich alle Flüchtlinge in ihre Heimat, Provinz zurückkehren werden. Ein großer Teil der finanziellen Aufwendungen war zur Förderung der Feldbestellung bestimmt, dem auch durch die Kommunalverbände nachgeholfen wurde. Die Kommission spricht allen preussischen Ministern, nicht nur dem Finanzminister, allen provinziellen und örtlichen Behörden volle Anerkennung für ihre Pflichterfüllung und große Arbeitsleistung aus, ebenso der Landwirtschafts-, Handels-, Handwerkskammer und allen unteren behördlichen Organen. Es besteht der Wunsch nach weiterem Ausbau der Verbindungen Ostpreußens mit der übrigen Monarchie und nach Herstellung des Ostkanals. Schließlich richtet der Redner an die Regierung die Bitte, Ostpreußen durch innere Kolonisation, Moorkultur usw. auch weiterhin zu fördern und auf noch höhere Stufe zu bringen.

Bei allem, was wir für Ostpreußen tun und leisten, wollen wir unseren Willen betätigen, durchzuhalten bis zum dauernden Siege, bis zu einem Siege, der uns für die Zukunft sichert. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Was die Staatsregierung zu erklären hatte, hat sie in der Kommission erklärt, und das ist in ihren schriftlichen und mündlichen Berichten niedergelegt. Im übrigen waren die Meinungsverschiedenheiten in der Kommission so gering, daß die Verhandlungen mehr ein zweckdienlicher Gedankenaustausch waren. Am erfreulichsten ist diese Einigkeit zum Ausdruck gekommen bei der Frage der Wiederherstellung der schwer heimgesuchten Provinz Ostpreußen. Die Einigkeit zwischen Volksvertretung und Regierung auf diesem Gebiet berechtigt uns zu der Hoffnung, daß alle Wünsche des Vorredners für Ostpreußen in Erfüllung gehen werden und daß das Reliquat der Ostpreußen ein neues Ruhmesblatt in der inneren Geschichte des preussischen Staates sein wird. (Beifall.)

Wir waren uns in der Kommission darüber einig, daß die getroffenen Maßnahmen zur

Sicherung der Volksernährung.

abgesehen von ungewollten und unerwünschten Begleiterscheinungen, doch zu einem vollen Erfolge geführt haben. Wir haben Brot, Korn nicht nur bis zum Schluss des Erntejahres, sondern wir konnten sogar die Wehlpreise ermäßigen in einer Zeit, wo im Ausland das Gegenteil zu beobachten war. Wir haben so viel Brot, Korn, daß wir eine anständige Reserve in das neue Erntejahr hinübernehmen, und daß wir gegen alle Zwischenfälle gesichert sind, die uns etwa durch Störung der Ernte infolge von Witterungs- und ähnlichen Verhältnissen erwachen können. (Beifall.) Wir haben so viel Getreide, daß wir die Nationen für Schwerarbeitende und jugendliche Arbeiter ernähren könnten. Die, wie sich nun herausgestellt hat, überreichlichen Kartoffelvorräte ermöglichen uns, eine erhebliche Reserve von Kartoffelprodukten in das neue Jahr hinüberzunehmen, die uns bei der Streckung des Getreides und als Futtermittel wertvolle Dienste leisten können. Es bestand volle Uebereinstimmung, daß im nächsten Erntejahr nach denselben Grundsätzen gewirtschaftet werden soll wie in diesem. Wir wollen bleiben bei Höchstpreisen, bei der Beschlagnahme, bei der Reglementierung und Kontrolle nicht nur auf dem Gebiet des Brotgetreides, sondern auch auf dem der Futtermittel. Wenn die Kommissionsverhandlungen hierüber breiten Raum eingenommen haben, so handelt es sich dabei nicht um grundsätzliche, sondern um untergeordnete Zweckmäßigkeitsfragen, in erster Linie um Fragen der Organisation, insbesondere der Kriegsgetreide-Gesellschaft. Hier hat eine Aussprache der Minister sämtlicher Bundesstaaten zu einer vollständig einstimigen grundsätzlichen Vereinbarung geführt, die die Sicherung der Brotversorgung mit derselben Schärfe wie bisher aufrecht erhält, andererseits die staatsrechtlichen Beschwerden, die zweifellos mit einer gewissen Berechtigung erhoben werden konnten, aus der Welt schafft, und

partitische Vertretung der Erzeuger und Verbraucher

nach Möglichkeit sichergestellt. Diese Vereinbarung hat auch die Zustimmung des Aufsichtsrates der Kriegsgetreide-Gesellschaft gefunden, er hat erklärt, daß die von der Reichsleitung vorgeschlagene neue Organisation der R. G. die Möglichkeit gibt, sich hier einzufügen und in den altbewährten Bahnen weiterzuarbeiten. Ich gebe dies bekannt, damit zur Verhütung der Konsumenten beigetragen wird, denn bisher waren im Aufsichtsrat der R. G. die Städte in der Mehrheit, die sich als treue Anwälte der Konsumenteninteressen bewährt haben. Wir können der sicheren Ueberzeugung sein, daß uns im nächsten Jahre die Versorgung des Volkes mit Brotgetreide erst recht gelingen wird, nachdem es uns in so glänzender Weise in diesem Jahre unter schwierigeren Verhältnissen und ohne jede Erfahrung möglich war. Es muß gesagt werden, weil es in der Welt Stellen gibt, die die Devisen in unserem wirtschaftlichen Kriege stärker betonen als die Kreditseite. Wir wollen deshalb vor aller Welt noch einmal den Erfolg feststellen, den wir auf dem Gebiete des Wirtschaftskriegs errungen haben, und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß wir auch ein weiteres Jahr diesen Wirtschaftskrieg führen können. Wir brauchen bei unseren Maßnahmen die Kritik nicht zu scheuen. Aber auf der anderen Seite weiß niemand genauer und besser als die Regierung, daß so gewaltsame Eingriffe in die Volkswirtschaft sich nicht ohne schwere Stöße und Schädigungen beim einzelnen durchführen lassen. Die Regierung hat dankbar und freudig begrüßt, daß es ihr in den eingehenden Verhandlungen in der Kommission möglich war, ihre Gründe darzulegen. Die Regierung steht nicht an, festzustellen, daß die Verhandlungen in der Kommission für das Vaterland von Nutzen gewesen sind, denn diese Verhandlungen haben nicht nur das Vertrauen der Regierung

zu sich selbst gestärkt, sondern auch das Vertrauen des Landes zu den Maßnahmen der Regierung. (Sehr richtig!) Auch wenn sich die Verhandlungen der Kommission nicht direkt in gesetzgeberische Aktionen umgekehrt haben, so verdienen sie doch hohe Anerkennung, weil auch sie mit dem großen Ziele dienen, das deutsche Volk zu stärken in dem Willen, bis zum letzten und endgültigen Siege auszuhalten. Die Kommission, ihrer Leitung und ihrem fleißigen Referenten den Dank des Vaterlandes auszusprechen, ist mir als dem Vertreter der Regierung ein ganz besonderer Vorzug. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Nachdem der Vizepräsident des Staatsministeriums aus den Verhandlungen der Kommission die Punkte hervorgehoben hat, die ihm als besonders wichtig erscheinen, liegt auch Veranlassung vor, daß auch der Standpunkt des Hauses zu den wichtigsten Punkten zum Ausdruck gebracht wird. An sich würde die Wichtigkeit der in der Kommission behandelten Fragen eine ausführliche Erörterung im Plenum rechtfertigen, zumal zum ersten Male ein schriftlicher Bericht über diese Dinge erstattet ist, der eine gute Grundlage für eine Besprechung dieser Fragen in der Öffentlichkeit bietet. Wir halten uns aber an die getroffenen Vereinbarungen und werden nur hervorheben, worin wir von der Ansicht der Kommission mehrheitlich abweichen. Wir wollen dabei auch etwaige Missdeutungen unserer Anschauungen ausschließen. Zur Frage des Wiederaufbaus der Provinz Ostpreußen sind meine politischen Freunde gern bereit, alles zu tun, um die Wunden zu heilen, die der Krieg dieser schwergeprüften Provinz geschlagen hat. (Beifall.) Eine

zielbewusste planmäßige innere Kolonisation

wird ein wichtiges Mittel zur Erreichung dieses Zieles sein. Den Beschlüssen der Kommission über Fragen der Industrie, des Handels, des Handwerks und über Arbeiterfragen geben wir gern unsere Zustimmung. Eine ausreichende Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer betrachten wir als eine Ehrenpflicht des Vaterlandes (Sehr richtig!). Diese Pflicht ist leider nicht überall in vollem Umfange erfüllt worden. Eine Reihe von Lieferungsverbänden hat sich auf die Gewährung der reichsgesetzten Mindestlöhne beschränkt, die aber nicht ausreichen, um die Familien der Teilnehmer vor Not und Entbehrung zu schützen. Andererseits muß anerkannt werden, daß vor allem die kriegsbeschäftigten Gemeinden erhebliche Zuschüsse gewähren und an ihrem Teil ganz wesentlich dazu beigetragen haben, daß Sorge und Nummer von den Familien der Kriegsteilnehmer ferngehalten werden. (Sehr richtig!) Wir glauben nicht, daß es möglich sein wird, den Begriff der Bedürftigkeit hier durch eine allgemein gültige Auslegung näher festzulegen. Dazu sind die Verhältnisse des Lebens zu verschieden. Als Vorsitzender einer Berliner Unterstützungs-Kommission habe ich reichlich Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie mannigfach gerade der Begriff der Bedürftigkeit ausgelegt wird, so daß es ganz unmöglich ist, hier eine einheitliche Begriffsbestimmung zu schaffen. Wir wünschen, daß die Lieferungsverbände bei der Bewilligung von Unterstützung nicht engherzig verfahren. Es muß gewährt werden, was zu einem angemessenen Lebensunterhalt notwendig ist. Auch wir erkennen an, daß die Erlasse und Verordnungen des Ministers im Innern von sozialem Verständnis getragen waren, und wir hoffen, daß nunmehr auch die Ausführung dieser Erlasse und Verordnungen wohlwollend gehandhabt wird.

Vor allem muß

jeder armenrechtliche Charakter

bei dieser Maßnahme ausgeschlossen werden, denn es handelt sich nicht um ein Almosen, das diesen Familien gegeben wird. Unsere kämpfenden Brüder und Söhne müssen die Gewissheit haben, daß ihre Angehörigen ausreichend unterstützt werden und auch auf diesem Gebiete muß deutsche Organisation, deutsches Pflichtgefühl und deutsche Opferbereitschaft den Feind schlagen. (Beifall.) Unberechtigte Anforderungen des kriegsbeschäftigten Grundbesitzes lehnen wir ab, wollen aber, durch Geseh und Verwaltung an der Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten mitwirken.

Auf dem Gebiete der Volksernährung habe ich heute gehört, daß die Kriegsgetreidegesellschaft in der bisherigen Form nicht weiter bestehen soll. Zweifellos hat die Kriegsgetreidegesellschaft in überaus zufriedenstellender Weise gearbeitet, ist doch die Rede des Staatssekretärs die beste Rechtfertigung für ihre Wirksamkeit. Wenn wir mit einer großen Reserve in das neue Erntejahr hinübergehen und wenn wir auch einer mäßigen Ernte mit ruhigem Gewissen entgegengehen können, so rechtfertigt das allein schon eine

hohe Anerkennung für die Arbeit der Kriegsgetreidegesellschaft.

(Zustimmung links.) Sie hat sich um das Vaterland wohlverdient gemacht, und hoffentlich finden ihre tatkräftigen und unermüdeten Leiter auch in der neuen Organisation ihren Platz. Bei der Volksernährung im Kriege handelt es sich um das Reich und seine Zukunft. In der Kriegswirtschaft muß

der Reichsgebanke partikularistischen Interessen vorangehen.

(Sehr wahr! links.) Ich bedauere, daß Bayern aus der R. G. ausgeschlossen ist, immerhin — die Verhältnisse in Bayern liegen anders wie in Preußen; aber Preußen ist der einzige große Bundesstaat, der erhebliche Ueberschüsse an Getreide — 2½ Mill. Tonnen — an die anderen Bundesstaaten abgeben kann und abgegeben hat. Man hat sogar davon gesprochen, daß andere Bundesstaaten bei Preußen betteln gehen müßten. Ich denke, das kann nicht das Ziel der Kriegswirtschaft sein. Wir erheben grundsätzlichen Widerspruch gegen eine Agitation, die sich entfernt von der Umlaffung des ganzen Reiches. Mit der Herausnahme Preußens ist der Organisation das beste Stück ausgebrochen. Was Preußen recht ist, kann anderen billig sein. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Aufficht des Reichsfinanzlagers nicht ausreicht, um einseitige Bestrebungen preussisch-partikularistisch-agrarischer Art wirksam zu verhindern. Auch wir sind der Meinung, daß zu dem Ausschluß praktischer Landwirte hinzugezogen werden sollen, wir möchten nur die Sicherheit haben, daß nicht die Entscheidung allein in den Händen der Produzenten liegt, wie das der Deutsche Landwirtschaftsrat verlangt hat. Wir sind durchaus bereit, anzuerkennen, daß in der schweren Kriegszeit die deutsche Landwirtschaft Großes geleistet hat, daß ihre Produktionsbedingungen erheblich verteuert und erschwert worden sind, daß gerechte Forderungen der Landwirtschaft erfüllt werden sollen, und daß es berechtigt ist, die Landwirte, denen die Verfügung über das von ihnen erzeugte Brotgetreide entzogen worden ist, zur Reichsverteilungsstelle hinzuziehen. Aber unberechtigt würde das Verlangen sein, die Entscheidung allein in die Hände der Produzenten zu legen. Der Kommissionsbeschluss reicht nicht aus, um diese Befugnis vollständig zu zerstreuen. Die Vertreter der Städte haben ihre Befürchtungen zurückgestellt in der Hoffnung, daß auch in der neuen Gestaltung die Interessen der Ver-

braucher ausreichend berücksichtigt werden. Ich hoffe, daß diese Erwartung sich erfüllt, und daß nur die Rücksicht auf das Gemeinwohl maßgebend sein wird. Alle Sonderinteressen müssen in den Hintergrund treten gegenüber dem großen Ziel der Ernährung unseres Volkes zu angemessenem Preis. (Sehr wahr! links.) Die Lebensmittelversorgung darf kein Gegenstand der Spekulation sein. Wer sich an Lebensmittelpreisen in der Kriegszeit bereichern will, verflucht sich an der Allgemeinheit (Lebh. Zustimmung links.) Wir haben leider erleben müssen, daß manche Kreise sich die Schwäche der Regierung in der Handhabung der Höchstpreisbestimmungen zu ihrem Vorteil und zum Nachteil des Ganzen zunutze gemacht haben. Ich glaube, jeder solchen Tendenz müßte energig entgegengetreten werden. Diese Erscheinungen haben berechtigte Verstimmlung in weiten Volkskreisen hervorgerufen. (Sehr wahr! links.) Das deutsche Volk kann und muß verlangen, daß ihm die großen Opfer nicht auferlegt werden, damit einige Erwerbstreife höhere Gewinne erzielen. (Erneute lebhe. Zustimmung links.)

Abg. Dr. Hoersch sprach davon, daß für die

falsche Statistik

die Schätzungen der Theoretiker und Professoren maßgebend gewesen seien. Die beruhten aber doch auf den Ergebnissen der von der Regierung veranstalteten Bestandsaufnahme! Wir haben schon im Februar vor übermäßiger Schweißnahtung gewarnt. Gleichwohl glaube ich, daß die Professoren nicht zum Gegenstand billigen Spottes gemacht werden dürfen. Wir wollen die Mitarbeit der Wissenschaft nicht entbehren, sie sind nicht unfehlbar, die Professoren, sie haben gefehlt auf Grund der unrichtigen Bestandsaufnahme. Die Regierung wird für eine bessere Statistik zu sorgen haben. (Beitritt rechts), allerdings wird das nicht ganz leicht zu erfüllen sein! Ob bei der Bestandsaufnahme absichtlich oder unabsichtlich falsche Angaben gemacht wurden — es hat sich gezeigt, daß letzten Endes sich dies an den Erzeugern der Ware selbst rächt und deshalb hoffe ich, daß diese Erfahrungen auch an den Produzenten selber nicht spurlos vorübergehen. Wenn Dr. Hoersch sagte, daß es kaum möglich sein werde, den Ausfall unserer Viehzucht zu ergänzen, so habe ich keine so pessimistische Auffassung, wenn ich auf unsere großen Kartoffelvorräte blicke, die zur Viehfütterung werden verwendet werden können. Auch in diesem Punkt werden die Hoffnungen unserer Feinde zu Schaden werden. Jedenfalls muß die Verbilligung der Futtermittel mit allem Nachdruck erstrebt werden. — In der Kommission hat der Landwirtschaftsminister

den Wilschaden recht gering eingeschätzt

und gesagt, daß dies nur einen kleinen Teil der Gesamternte ausmache. Wenn aber jemand nur einen kleinen Anteil an der Gesamternte hat, so ist der Schaden, den ihm das Wils zufügt, sehr erheblich. Der Wilschaden hängt auch nicht so sehr mit der „Eigenart der Bevölkerung“ zusammen, von der man gesprochen hat, sondern mit der Eigenart der Jagdliebhaber. (Sehr gut! links.) Hoffentlich überträgt sich die Unterschätzung des Wilschadens nicht auf die dem Landwirtschaftsminister unterstellten Organe. — Die wertvollen Anregungen der Kommission werden zu weiteren Erfolgen der Kriegswirtschaft beitragen. Auf dem weiten Felde der Kriegswirtschaft haben manche Erscheinungen berechtigte Kritik hervorgerufen, aber alles in allem ist die Organisation allen Schwierigkeiten und Hemmnissen des Weltkrieges zum Trotz auf bisher nicht bebautem Boden errichtet, sie hat sich voll bewährt, sie verdient die Anerkennung und Bewunderung der ganzen Welt, auch unserer Gegner, wenn sie gerecht sein wollen. Mit berechtigtem Stolz auf das Erreichte gehen wir der Zukunft mit ruhiger Zuversicht entgegen. Wir alle wollen den baldigen Frieden, aber wir alle sind entschlossen, aus- und durchzuhalten, komme was kommen mag. — Wenn in diesen Tagen

im Lager der Sozialdemokratie ein Streit

sich entsponnen hat, so darf ich hoffen, daß der Sozialdemokrat Hugo Seinemann mit folgenden Worten seines Artikels in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Meinung der Mehrheit seiner Freunde ausspricht: „Aus keines Deutschen Mund wird der Ruf „Die Waffen nieder!“ kommen, bevor die Gegner anerkennen, daß keiner fremden Macht der Erde die Befugnis zustehen darf, uns darin zu hindern, das zur Entwicklung zu bringen, was an Fähigkeiten in uns liegt; daß es keinem Dritten gestattet ist, uns die Ausnutzung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte zu verbieten.“ (Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir sind ganz anderer Ansicht!) (Unruhe.) Das ist uns nichts Neues, erschüttert uns aber nicht in der Ueberzeugung, daß die Mehrheit Ihrer Partei auf der Seite Seinemanns steht. (Abg. Dr. Liebknecht: Wir haben die Waffen, die Waffen wollen den Frieden!) Wir wollen die Einigkeit unseres Volkes aufrecht erhalten. Beifall. — Abg. Dr. Liebknecht wiederholt: Die Waffen wollen den Frieden haben! — Rufe rechts: Ruhe! Ruhe! Wir sind überzeugt, daß das Zusammenwirken aller Parteien und Volkskräfte ein wesentliches Mittel ist, den Sieg Deutschlands durchzusetzen. Darin liegt die Gewähr des Durchhaltens, und darin liegt auch die reale Garantie, die uns in Zukunft solche frevelhafte Ueberschüsse ersparen wird! (Lebh. Beifall links.)

Abg. Braun (Soz.) begrüßt den Erfolg der Organisation der Volksernährung. Zu den äußeren Feinden ist ein neuer, täglich gefährlicherer Feind gekommen, der Lebensmittelwucher, der am Markt des Volkes zehrt und sich gegen die Wehlosen, die Frauen und Kinder, wendet, die er mit Entbehrung und Not bedroht. Hauptache ist, die vorhandenen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen erhalten zu können. So glänzend die militärische Mobilmachung geklappt hat, so sehr hat es an der

wirtschaftlichen Mobilmachung

zum Kampfe gegen die schamlose Bereicherung der Preistreiber gefehlt. Die Regierung wurde schon im August von unserer Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften, auch vom Bund der Landwirte auf die unerlässlichen Maßnahmen aufmerksam gemacht, sie blieb aber lange passiv. Das hat sich geändert; es hat dem Volk Milliarden aus der Tasche genommen und gewisslosen Spekulant zugewandt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und für die Festsetzung der Höchstpreise wurde die soherart verdorbene Marktlage zugrunde gelegt, statt die Durchschnittspreise der letzten Jahre zu nehmen. Wer dem Volke jetzt wucherische Preise abnimmt, handelt wie ein Leichenräuber, ja, noch schlimmer, denn

er beraubt die Lebenden.

(Wutruf rechts.) Die Kartoffelpolitik war direkt ein Skandal. Die Tatsache, daß wir wenig Fleisch haben, darf nicht zu einer Erhöhung der Fleischpreise führen, weil sonst die Besiegten weiter sich Fleisch kaufen können, während das Volk auf die Fleischnahrung verzichten muß. Es müßten Höchstpreise oder auch Fleischkarten eingeführt werden. Die Unzufriedenheit im Volke wächst ständig und ist berechtigt angesichts des Umstandes, daß diese Preissteigerungen nur dazu dienen, einzelnen die Taschen zu füllen, während das Volk draußen die Wutpfeile bringt. Wir sind